

Friedrich

SICHERHEITSBEHÖRDEN

## Stühlerücken nach V-Mann-Pannen



STEFFI LOOS / DAPD

Verfassungsschutzakten

THOMAS TRUTSCHEL / PHOTOTHEK.NET

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich steht kurz davor, die Spitze des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) neu zu besetzen. Der Nachfolger des zurückgetretenen Heinz Fromm soll das Amt aus der tiefsten Krise seit seiner Gründung führen. Auf den Ebenen darunter hat CSU-Politiker Friedrich ebenfalls Konsequenzen aus der Aktenaffäre gezogen. Der früher für Rechtsextremismusbekämpfung verantwortliche Abteilungsleiter Artur Hertwig, der bereits Anfang des Jahres in eine andere Abteilung versetzt worden war, wird auch von dieser Aufgabe abgelöst und mit „Sonderaufgaben“ betraut. Auch ein Gruppenleiter aus dem Bereich Rechtsextremismus muss gehen; er wusste von der Vernichtung von Geheimakten. Versetzt wird zudem der bisherige Abteilungsleiter Linksextremismus, Joachim Seeger. Er wird durch den jetzigen Leiter der Verfassungsschutzschule, Ralf Frauenrath, ersetzt.

Im November 2011, nur wenige Tage nach dem Tod der beiden Terroristen Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt vom Nationalsozialistischen Untergrund (NSU), hatte ein Referatsleiter aus der Abteilung Rechtsextremismus sieben Dossiers

über V-Leute vernichten lassen, die das Bundesamt im Rahmen der Operation „Rennsteig“ bei der rechtsextremen Gruppe Thüringer Heimatschutz angeworben hatte.

Auch einer anderen Behörde ist bei der Aufarbeitung der Ermittlungsversäumnisse zum NSU ein Fehler im Umgang mit Akten von V-Leuten unterlaufen. Die Bundesanwaltschaft übermittelte dem Untersuchungsausschuss des Bundestags ein ungeschwärztes Dossier mit den Klarnamen mehrerer V-Leute des hessischen Verfassungsschutzes – ein Versehen, das gravierende Konsequenzen haben kann. Aus dem Bericht gehen nicht nur die Identitäten, sondern auch die Kontaktdaten der Zuträger hervor, die in ihren Gruppierungen nun als Verräter bekannt werden könnten. Bei ihnen handelt es sich um Quellen, die der frühere Kasseler Verfassungsschützer Andreas T. geführt hatte. Weil dieser bei einem der Ceska-Morde des NSU in einem Kasseler Internetcafé anwesend war, hatte die Bundesanwaltschaft ermittelt. Inzwischen ersetzte die Behörde die Akten durch eine geschwärzte Version, allerdings kursieren diverse Kopien der Originale.

SOZIALDEMOKRATEN

## Rentenstreit eskaliert

In der SPD ist ein offener Streit um die Rentenpolitik ausgebrochen. Die Vorsitzenden der vier wichtigsten Arbeitsgemeinschaften fordern in einer gemeinsamen Initiative, das Rentenniveau der gesetzlichen Alterssicherung einzufrieren, statt es, wie geplant, deutlich abzusenken. Die Genossen stellen sich damit gegen die Parteispitze, die als Ergänzung zur staatlichen die betriebliche Rente fördern will. „Eine

betriebliche Lösung ist ungerecht“, sagt die Chefin der SPD-Frauen, Elke Ferner, „das nützt dem Facharbeiter, die Verkäuferin ist die Dumme.“ Juso-Chef Sascha Vogt fordert von Parteichef Sigmar Gabriel, der momentan mit Experten ein Konzept erarbeitet, weitere Zugeständnisse: „Wir erwarten, dass die Rentnarbeitsgruppe keine Alibilösungen vorlegt.“ Die Vorschläge würden die Staatskasse mit

mindestens 20 Milliarden Euro jährlich belasten. Ferner sagt: „Die Mehrkosten sollte uns die soziale Gerechtigkeit wert sein.“ Ähnlich argumentieren auch die SPD-Vertreter der Senioren und der Arbeitnehmer. Schon beim Bundesparteitag im Dezember wollten linke Sozialdemokraten um Ottmar Schreiner mit einem Antrag das Rentenniveau bei rund 51 Prozent des Gehalts festschreiben.



Gabriel, Ferner

MARCOURBANDE